

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIV 2–2008

PERIPHERE STAATLICHKEIT **Kritische Staatstheorie des globalen Südens**

Schwerpunktredaktion: Ilker Ataç
Katharina Lenner
Wolfram Schaffar

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 ILKER ATAÇ, KATHARINA LENNER, WOLFRAM SCHAFFAR
Kritische Staatsanalyse(n) des globalen Südens
- 10 JOACHIM BECKER
Der kapitalistische Staat in der Peripherie:
polit-ökonomische Perspektiven
- 33 WOLFRAM SCHAFFAR
Birma: gescheiterter Staat oder (neue) Form peripherer
Staatlichkeit?
- 63 KATHARINA LENNER
Abhängige Staatlichkeit als umkämpftes Terrain – Politische
Ökonomie und Repräsentationsformen in Jordanien seit 1989
- 92 OLIVER SCHWANK
Limits to a Developmental Regime in South Africa –
Industrial Policy Revisited
- 116 BERNHARD LEUBOLT, ANNE TITTOR
Semi-periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika:
Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich
- 142 Rezension
- 146 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 149 Impressum

JOACHIM BECKER

**Der kapitalistische Staat in der Peripherie:
polit-ökonomische Perspektiven**

Der bürgerliche Staat ist keine neutrale Einrichtung. Er ist als politisches Herrschaftsverhältnis eingelassen in Produktionsverhältnisse, die durch den Zwang zu Kapitalakkumulation und durch Lohnarbeit gekennzeichnet sind. Er trägt maßgeblich zur Aufrechterhaltung der durch strukturelle Ungleichheit gekennzeichneten Produktionsverhältnisse bei. Die Herausbildung von Lohnarbeit ist historisch durch den entstehenden bürgerlichen Staat befördert worden. Strategien der Akkumulation bedürfen der wirtschaftspolitischen Abstützung durch den Staat. Gleichzeitig ist der Staat fiskalisch abhängig vom guten Gang der Geschäfte. Hierin liegt eine zentrale Ursache für das strukturelle politische Übergewicht der Kapitaleseite (vgl. Jessop 1990: 178f, Hirsch 1990: 45ff). Allerdings ist sich das Kapital nicht in allen Fragen einig, haben unterschiedliche Kapitalfraktionen unterschiedliche Interessen. Von daher kann staatliche Politik nicht einfach von den Imperativen der Kapitalakkumulation abgeleitet werden (vgl. Novy 2001: 47f, Becker 2002: 133). Außerdem wirken nicht nur Kapitalinteressen, sondern auch die Interessen der Lohnabhängigen und anderer gesellschaftlicher Gruppen auf den Staat. Die widersprüchlichen Interessen artikulieren sich in der Zivilgesellschaft, in der um gesellschaftliche Normen und staatliche Politik gerungen wird. Aber auch der direkte Zugang verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf staatliche Entscheidungszentren ist relevant. Insofern kristallisieren sich gesellschaftliche Konflikte politisch im Hinblick auf den Staat heraus. Staatliche Politik wirkt ihrerseits auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zurück.

In diesem Beitrag soll es vor allem um die Frage gehen, inwieweit der Staat in der Peripherie Unterschiede zum Zentrum im Hinblick auf die „strategische Selektivität“ (Jessop 2002: 40) aufweist. Unter strategischer

Selektivität des Staates versteht Bob Jessop (2002: 40) dessen spezifischen Einfluss auf verschiedene Gruppen, ihre Interessen und Strategien über den Zugang zu bzw. ihre Kontrolle über staatliche Entscheidungszentren zu verfolgen. Dieser Frage werde ich auf relativ abstrakter Ebene nachgehen. Ausgangspunkt für meine Analyse ist die dependenztheoretische Diskussion aus den 1970er Jahren, die diese Fragen bereits stellte. In seinem wegweisenden Werk zu bürgerlicher Herrschaft in der Dritten Welt machte Tilman Evers (1977) die Spezifika peripherer Staatlichkeit vor allem an der Extraversion, also Außenorientierung, der Ökonomie und an der strukturellen Heterogenität der peripheren Gesellschaften fest. Strukturelle Heterogenität bezieht sich auf die Sozialstruktur. Evers hebt hierbei vor allem das Fortbestehen von Elementen vorkapitalistischer Produktionsweisen, die oftmals Elementen persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse aufweisen, hervor (1977: 91, 94ff). Die vorkapitalistischen Elemente bestehen allerdings nicht in reiner Form, sondern sind mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft. Beispielsweise können landwirtschaftliche Selbstversorgungsproduktion und (saisonale) Lohnarbeit miteinander verbunden sein. Hieraus resultiert eine sozialstrukturelle Heterogenität. Ich identifizierte allerdings noch eine zweite Form sozialstruktureller Heterogenität: Das Vorhandensein einer sehr großen Gruppe städtischer Armutsbevölkerung, die für den kapitalistischen Akkumulationsprozess überflüssig ist. Extraversion und strukturelle Heterogenität sehe ich als Elemente, die auf die strategische Selektivität des Staates in der Peripherie strukturell einwirken. Semi-periphere Gesellschaften, auf die sich Evers relativ stark bezieht, zeichnen sich dadurch aus, dass sie in Verbindung mit Industrialisierungsprozessen auch eine substantielle LohnarbeiterInnenschaft aufweisen.

Den stark strukturalistisch geprägten Grundgedanken Evers möchte ich präzisieren, fortentwickeln und stärker zu AkteurInnen und Situationen der politischen und ökonomischen Konjunktur in Beziehung setzen. Bei der Weiterentwicklung der Analyse der wirtschaftlichen Extraversion werde ich mich vor allem auf die Regulationstheorie stützen und deren Implikationen für die Ausformung der Staatlichkeit diskutieren. Die strukturelle Heterogenität der Gesellschaften werde ich im Hinblick auf die politische Interessenformierung, die Bedeutung (oder relative Bedeutungslosigkeit) der Zivilgesellschaft, die Rolle von Parteien und Militär sowie den Zugangs-

möglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu staatlichen Entscheidungszentren diskutieren.

1. Extraversion und peripherer Staat

Evers hebt in seiner 1977 veröffentlichten Schrift zur Theorie des bürgerlichen Staates in der Dritten Welt hervor, dass dort die äußeren Wirtschaftsbeziehungen für die Kapitalakkumulation besonders zentral seien. Der Raum der Akkumulation und das politische Territorium deckten sich nicht, was Evers ausdrücklich für die Norm eines genuin bürgerlichen Staates hält (1977: 80). Daraus folgt für Evers, dass externe Akteure die „ökonomisch stärkste Fraktion der herrschenden Klasse“ stellen (ebd.: 84) und die Staatsfinanzierung stark von außen konditioniert ist. Bei Letzterem stellt er eher auf den Zugang zu internationalen Krediten und den Einfluss internationaler Finanzinstitutionen als auf den fiskalischen Kanal ab (ebd.: 88, 156f). Dieses Argument scheint mir zu undifferenziert. Die weitgehende Deckung von Raum der Akkumulation und politischem Territorium ist für Staaten im Zentrum historisch ebenfalls nur für bestimmte Phasen und für relativ große Staaten gegeben (vgl. Becker 2002). Kleinstaaten weisen auch im Zentrum eine relativ große außenwirtschaftliche Offenheit auf (vgl. Maddison 1991: 326, Tab. F.7). Der Unterschied zwischen Staaten des Zentrums und der Peripherie liegt in der Art der Wirtschaftsbeziehungen und speziell der Ausprägung der Extraversion, in die er eingebettet ist. Bei der Extraversion ist zwischen aktiver und passiver Extraversion zu unterscheiden. Bei aktiver Extraversion steht der Export im Vordergrund und wird ein Exportüberschuss erzielt. Bei passiver Extraversion liegt der Akzent bei der Importabhängigkeit. Hierbei ist dann noch zwischen Extraversion im Handel, beim produktiven Kapital und beim Geldkapital zu unterscheiden (Becker 2006: 14f). Die Ausrichtung der Extraversion muss nicht immer gleichgerichtet sein, wenngleich dies häufig der Fall ist. Werden beständige Handelsbilanzdefizite erzielt, ist es notwendig, Kapital zu importieren, um das Handels- und Leistungsbilanzdefizit abzudecken. Kennzeichen peripherer Ökonomien ist ein Vorherrschen passiver Extraversion (vgl. Beaud 1987: 100ff). Selbst wenn in Teilbereichen, meist im Handel,

eine aktive Extraversion erzielt wird, ruht sie meistens auf einer sehr engen Grundlage, wie dem Öl- und Gasexport.

Die Extraversion ist durch die Kolonialmächte unmittelbar oder – in den wenigen Fällen unter Bewahrung der formalen Unabhängigkeit – über ungleiche Verträge durchgesetzt worden. Sie betraf zunächst die Ausrichtung des Handels. Die Länder der Peripherie wurden auf den Rohstoffexport ausgerichtet, die Entwicklung des Gewerbes wurde blockiert und zum Teil sogar zurückgeworfen. Eine einseitige Orientierung auf den Rohstoffexport ist vielfach noch heute festzustellen, vor allem in Afrika, Westasien, aber auch Teilen Lateinamerikas (vgl. Ominami 1986: 126ff). Diese Spezialisierung ist im Regelfall mit schwankenden Exporterlösen verbunden. Nur in wenigen Fällen, meist ölexportierenden Ländern, werden relativ dauerhaft Exportüberschüsse im Handel erzielt (vgl. Carneiro 2004: 145f, Tab.II), so dass man von einer aktiven Extraversion im Handel sprechen könnte. Im Regelfall liegt eine Tendenz zum Handelsbilanzdefizit und damit zu einer passiven Extraversion im Handel vor. Selbst die Länder, welche vor allem von den 1930er bis 1970er Jahren eine binnenmarktorientierte, die Importe zum Teil durch einheimische Produktion ersetzende Industrialisierung durchlaufen haben, weisen im Regelfall eine Lücke bei der Produktion von Investitionsgütern auf. Damit sind sie strukturell abhängig vom Investitionsgüterimport, was gleichzeitig eine technologische Abhängigkeit impliziert. Diese Importabhängigkeit wird vor allem in Phasen eines beschleunigten Wirtschaftswachstums, wenn die Investitionen steigen, fühlbar. Damit bewirkt in der Großzahl der Peripherieländer die Verfügbarkeit von Devisen eine Restriktion des Akkumulationsprozesses (vgl. Ercan 2006).

Kennzeichen peripherer Ökonomie ist, dass Schlüsselsektoren der Ökonomie durch Auslandskapital kontrolliert werden. Hoch ist durchgängig das Engagement des Auslandskapitals im Rohstoffsektor. In den ausgeprägt liberalen Wirtschaftsmodellen des späten 19./frühen 20. sowie des späten 20. Jahrhunderts waren Auslandsinvestitionen auch im Bereich der Infrastruktur und im Bankenwesen von großer Bedeutung. Während der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung der 1930er bis 1970er Jahre in Lateinamerika, der Türkei und dem südlichen Afrika nahm transnationales Kapital zumindest seit den 1950er Jahren eine relevante Rolle im Industrialisierungsprozess ein, gleiches gilt aktuell für die exportorientierte Industrialisierung in China (Cho 2005: 152ff). Diese Ausprä-

gung der passiven Extraversion bedeutet eine starke Konditionierung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Auslandskapital. Diese Form des Kapitalimportes zieht auch Devisenausgaben in Form von Gewinnrepatriierung nach sich, die sich negativ in der Leistungsbilanz niederschlagen.

Chronische Leistungsbilanzprobleme, teils aber auch die Schwierigkeit zur Mobilisierung von Kapital für langfristige Projekte, bewirken in der Peripherie eine Tendenz zum Import von Geldkapital. Dessen Verfügbarkeit hängt allerdings stark von der konjunkturellen Situation in den Zentren ab. Floriert dort das Geschäft, ist die Bereitschaft, Geld in der als risikoreicher wahrgenommenen Peripherie anzulegen, eher gering. Dies war beispielsweise die Konstellation der zweieinhalb Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg. Findet Kapital hingegen in den Zentren nicht ausreichend profitable Anlagemöglichkeiten und herrscht dadurch Überliquidität vor, so werden diese Gelder verstärkt in der Semiperipherie, also den teilindustrialisierten Ländern, angelegt. Dies war für zumindest einen relevanten Teil der Zentrumsländer die Konstellation im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert sowie erneut seit den 1970er Jahren (vgl. Becker 2007). Aber auch in für Finanzanleger nicht so interessanten Ländern, wie beispielsweise großen Teilen des Subsaharischen Afrika, ist seit den 1970er Jahren eine substantielle Zunahme der Auslandsverschuldung festzustellen, die hier eher aus öffentlichen Quellen gespeist wird (vgl. Sutcliffe 1986: 24; d'Almeida-Topor/Lakroum 1994: 155ff). Die sogenannte „Entwicklungshilfe“ hat vielfach die Form von Krediten und schlägt sich so in Auslandsverschuldung nieder. Auch internationalen Finanzinstitutionen kommt im Subsaharischen Afrika vergleichsweise hohes Gewicht zu.

Periodisch ist es immer wieder zur Überschuldung und der Notwendigkeit von Umschuldungen gekommen. In den meisten Konstellationen eröffnet die Umschuldung den Gläubigern den Weg zur offenen (wirtschafts-)politischen Einflussnahme. Aber auch in den anderen Phasen ist der Kapitalzufluss von einer den FinanzanlegerInnen passend scheinenden Wirtschaftspolitik und relativ hohen Zinsen abhängig. Das heißt, von der passiven Extraversion gehen auch hier deutliche Konditionierungen aus.

Passive Extraversion bedeutet, dass die Verfügbarkeit von Devisen eine zentrale Beschränkung für den Akkumulationsprozess ist (vgl. Ercan 2006). Von der Akkumulation hängt wiederum der Staat fiskalisch ab. Floriert die Akkumulation sprudeln auch die Steuerquellen – zumindest potenziell –

stärker. Somit wird die fiskalische Basis des Staates zumindest mittelbar von Verfügbarkeit von Devisen konditioniert.

In manchen Ländern ist die Konditionierung der Staatseinnahmen von außen noch unmittelbarer. In den rohstoffexportierenden Ländern sind die mit den Rohstoffen verbundenen Renten (die über den Durchschnittsprofit hinausgehen und von speziellen natürlichen Produktionsvorteilen abhängen) zentrale Grundlage der Besteuerung. Diese Renten sind engstens mit dem Export verbunden (Santos 2005: 226f; Hugon 1999: 31). Für die Besteuerung sind interne Aktivitäten vergleichsweise unbedeutend. Hieraus entsteht oftmals eine Art implizierter „Pakt“: Der Staat verzichtet weitgehend auf die Besteuerung der „unteren Klassen“ und diese nehmen hin, dass die „Rentiersklasse“ sich die externen Renten weitgehend aneignet (Carneiro 2004: 58; Santos 2005: 229). Damit sinkt auch das Legitimitätsanfordernis gegenüber den subalternen Klassen. Sind die staatlichen Einnahmequellen aus den Renten sehr üppig, wie beispielweise in den Golfstaaten, können recht weitgehende soziale Wohltaten staatlich finanziert werden (Owen/Pamuk 1999: 207). Staatliche Legitimierung läuft dann eher über den staatlichen Output als über formelle politische staatsbürgerliche Rechte, deren Institutionalisierung in den Golfstaaten noch in den Anfängen ist (vgl. Halliday 2005: 278). Da in den Golfstaaten das Niveau der Lebenshaltung vielfach – in Ermanglung einer Einbindung in produktive Aktivitäten – derart stark von den staatlichen Zuwendungen abhängt, spricht Marzouq al-Utaybi (2007: 152) von einer „Legitimierung der Abhängigkeit“ oder genauer eigentlich „über“ Abhängigkeit.

In manchen Staaten, vor allem des Subsaharischen Afrika, stößt die Besteuerung auf enge sozio-ökonomische Grenzen wie geringem Monetarisierungsgrad und starken Steuerwiderständen und speist sich die Staatsfinanzierung zu einem beträchtlichen Teil überhaupt aus Mitteln der „Entwicklungszusammenarbeit“. Damit wird die Akquirierung externer Mittel zum zentralen Staatsziel – und bedeutet eine entsprechende Rechenschaftspflicht gegenüber den „Geber“regierungen (statt der lokalen Bevölkerung) und öffnet der externen Einflussnahme Tür und Tor (vgl. Chabal/Daloz 1999: 112ff).

Damit gehen von der untergeordneten Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, der meist engen Exportbasis und dem Devisenmangel als zentraler Beschränkung für die wirtschaftliche Entwicklung spezifische

Konditionierung auf die periphere Staatlichkeit aus, speziell über den fiskalischen Kanal.

2. Strukturelle Heterogenität der Sozialstruktur

Die Extraversion der Ökonomie hat auch Konsequenzen für die Sozialstruktur der Ökonomie und die politische Interessenformierung. DependenztheoretikerInnen, wie André G. Frank (1979: 23f, 160), Fernando Cardoso und Enzo Faletto (1976: 217f) oder Evers (1977: 84 f.), verweisen darauf, dass das Auslandskapital oftmals Komandohöhen der peripheren Ökonomie kontrolliert und seine Interessen gegenüber dem peripheren Staat artikuliert. Über seine lokalen VertreterInnen oder auch über Interessenvertretungen, wie Industriellenverbände, in denen Auslandskapital eine wesentliche Kraft ist, wird das Auslandskapital Teil der nationalen politischen Bühne. „Externe Herrschaft in Situationen nationaler Abhängigkeit (im Gegensatz zu rein kolonialen Situationen, in denen die Unterdrückung durch ausländische Agenten eine direkte ist) enthält die Möglichkeit der ‚Internalisierung externer Interessen‘, heben Cardoso und Faletto (1976: 218; ähnlich Poulantzas 2001: 24, 27f) hervor. Gleichzeitig hat das Auslandskapital privilegierte politische Beziehungen zu den Staaten des Zentrums und zu durch diese dominierte internationale Organisationen. Zwischen lokalen herrschenden Klassen und dem internationalen Kapital kann es zu Interessenübereinstimmungen und damit zu Bündnisbildungen kommen. Interessenharmonie muss aber nicht immer gegeben sein und auch Konflikte sind durchaus denk- und beobachtbar (Cardoso/Faletto 1976: 217f). Das hohe politische Gewicht des Auslandskapitals ist eine Eigenheit peripherer und semiperipherer Gesellschaft.

Ein zweites Element, das DependenztheoretikerInnen (z.B. Evers 1977: 91, 94ff) hervorheben, ist das Fortbestehen von oft dauerhaften Rudimenten nicht-kapitalistischer Produktionsweisen. Warenproduktion und Monetarisierung durchdringen nicht alle Poren der Gesellschaft, Lohnarbeit umfasst nur einen relativ begrenzten Teil der Gesellschaft. Damit entstehen hybride Klassenverhältnisse. Zum Beispiel wird der Unterhalt in vielen Regionen aus einer Kombination von Lohnarbeit in Form von Wanderarbeit und landwirtschaftlicher Subsistenzproduktion bestritten. Biografisch können

sich Phasen der landwirtschaftlichen Subsistenzproduktion und der Lohnarbeit abwechseln. Ruth First (1979) sprach in solchen Fällen von „Arbeiter-Bauern“. Ökonomische Ungleichheiten sind hier oft noch direkter politisch begründet. Persönlich geprägte Abhängigkeitsverhältnisse können fortbestehen. Eine von der ökonomischen Sphäre abgesonderte Sphäre politischer Beziehungen kann sich daher nur teilweise entfalten (vgl. Evers 1977: 59). Allerdings werden weder ökonomische noch politische Verhältnisse der vorkapitalistischen Zeit unverändert konserviert. Kapitalistische und vorkapitalistische Produktionsweisen werden miteinander verbunden. „Traditionelle Autoritäten“ sind oft nicht so traditionell wie sie scheinen. So erhielten beispielsweise *Regúlos* als vorgebliche dörfliche „traditionelle Autoritäten“ durch die portugiesische Kolonialverwaltung eine neue Funktion. Sie wurden als Verbindungsglied zur bäuerlichen Bevölkerung in die Kolonialverwaltung integriert. Nur zum Teil konnten sie sich auf vorkoloniale Legitimität stützen, zum Teil wurden sie aus Gründen der politischen Opportunität aus anderen Personenkreisen (z.B. Dolmetschern) rekrutiert (Carvalho 2005: 160). Der Befreiungskampf brachte sie in eine delicate Lage, ihre Position wurde herausgefordert. Im nachkolonialen Afrika kam es immer wieder zu Konflikten um die Stellung „traditioneller Autoritäten“, die durch Jüngere, AktivistInnen des Befreiungskampfes, Frauen – also Gruppen, die sich von der lokalen „traditionellen“ Macht vom Ausschluss bedroht sahen – infrage gestellt wurden. Zum Teil wurden diese Formen der Macht aufgebrochen, zum Teil kam es zu informellen Verbindungen mit Parteistrukturen, zum Teil aber auch zu restaurativen Tendenzen (vgl. z.B. Schwenzfeier 1993; Carvalho 2005). Manches deutet darauf hin, dass die Konservierung sozio-ökonomischer Verhältnisse mit partiell nicht-kapitalistischen Zügen die Wiederherstellung bzw. Konservierung „traditioneller“ Machtformen begünstigt. So nehmen auch heute die *Regúlos* in Guiné Bissau wieder die Rolle eines Mittlers zwischen Zentralstaat und bäuerlicher Landbevölkerung wahr (Carvalho 2005: 166).

Die mit der unvollständigen Durchkapitalisierung verbundenen Fragen können in der nationalstaatlichen Arena auch eine „indigenistische“ oder „post-koloniale“ Färbung annehmen. Ein Beispiel hierfür ist die aktuelle Verfassungsdebatte in Bolivien, der Jahre der sozialen und indigenistischen Mobilisierung vorausgegangen sind. Deren „plurinationale“ Begriffe beziehen sich in der Konkretisierung politischer und juristischer Institu-

tionen auf Gemeinschaftlichkeit mit partiell vorkapitalistischen Konnotationen (vgl. als einen zentralen Debattenbeitrag García Linera 2007: 68ff, 82ff; siehe auch Poupeau/do Alto 2008: 19). Insofern hat der „plurinationale“, indigenistische Diskurs einen sozio-ökonomischen Bezugspunkt. Die Frage ist allerdings, inwieweit die gemeinschaftlichen Strukturen real noch bestehen und welche unterschiedlichen Ausprägungen sie in Stadt und Land annehmen. Die bolivianische Diskussion bezieht sich primär auf gemeinschaftliche Strukturen auf dem Land. Es gibt aber auch in Bolivien eine bedeutsame Verstärkung der indigenen Bevölkerung. Die Schaffung eines quasi dualen Verfassungsrahmens kann einerseits sozialer Heterogenität und langjähriger ethnischer Diskriminierung Rechnung tragen, andererseits, je nach seiner Akzentuierung, aber auch Spaltungen der subalternen Klassen verfestigen und die möglichen sozialen Bündnisse progressiver Politik einengen (vgl. Poupeau/do Alto 2008: 19).

Strukturelle Heterogenität der Sozialstruktur bezieht sich allerdings nicht allein auf Rudimente vorkapitalistischer Produktionsweisen, die inzwischen auf die kapitalistische Produktionsweise bezogen sind. Vielfach gibt es eine rasch wachsende städtische Marginalbevölkerung, die in der subsistenzorientierten Agrarproduktion keinen Platz mehr findet und in der städtischen Lohnarbeit auch nicht Fuß fassen kann. Sie bringt sich mit Kleinsthandel, Reparaturen etc. durch. Aus Sicht der kapitalistischen Akkumulation ist sie im Prinzip überflüssig (Quijano 1977: 312ff; Davis 2007: 185ff). Initiativen, die sich aus der städtischen Marginalbevölkerung artikulieren, beziehen sich dementsprechend in der Regel auf die Reproduktionsbedingungen – steigende Preise für Grundbedarfsgüter, Mangel an Infrastruktur u.ä.. Ihr Druckpotenzial ist trotz ihrer numerischen Größe beschränkt. Direkt auf die vermarktete Produktion können sie anders als Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, welche ihre Produkte zurückhalten können, oder LohnarbeiterInnen, die streiken können, nicht einwirken. Gleichzeitig sind Initiativen aus diesen Sektoren aufgrund ihrer schwachen materiellen Grundlage sehr verwundbar gegenüber selektiver Kooptierung durch staatliche Stellen mittels klientelistischer Politik (vgl. Chabal/Daloz 1999: 27ff; Hauck 2001: 261; Polet 2007: 16f).

3. Peripherer Staat: schwache Zivilgesellschaft und begrenzte Hegemoniefähigkeit

Für Gramsci setzt sich der erweiterte Staat aus Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft zusammen (Gramsci 1992: 783). In der Zivilgesellschaft wird zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen um die Durchsetzung von gesellschaftlichen Normen gerungen. Hierbei ist die Zivilgesellschaft durch Machtasymmetrien geprägt. Gelingt es einem Machtblock, seinen (partikularen) Vorstellungen eine gesamtgesellschaftliche Verankerung zu verleihen und sie insbesondere durch den Staat abzusichern, so kann man von Hegemonie sprechen. Insofern geht es in der Zivilgesellschaft um den Versuch von Konsensbildung. Ein solcher Konsens muss allerdings durch materielle Konzessionen an subalterne Gruppen unterfüttert werden (Gramsci 1996: 1567; Jessop 1990: 208f). Hegemonie muss auch ökonomisch unterlegt sein: Sie „kann nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt“ (Gramsci 1996: 1567). Das Ringen um gesellschaftliche Normen ist ein konfliktiver Prozess, in dem Dissens auch in militanten Praktiken wie Streiks, Boykotts u.ä. ausgedrückt werden kann. In den Konflikten geht es auch darum, dass der Staat im engeren Sinne, also die politische Gesellschaft, diesen Normen über Rechtssetzung verbindliche Allgemeingültigkeit verleiht und diese auch durchsetzt. Insofern betont Gramsci die Zwangsseite der politischen Gesellschaft in der Formel „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert durch Zwang“ (1992: 783). Allerdings wäre es eine Verengung, die politische Gesellschaft auf den Zwang zu reduzieren. Auch sie stützt sich auf Praktiken mit konsensualen Elementen, wie z.B. Sozialpolitik. Zwischen Hegemonie und Zwang wäre aus meiner Sicht ein drittes Element zur Durchsetzung staatlicher Politik zu erwähnen: klientelistische Praktiken. Sie bieten den individuellen, privilegierten Zugang zu staatlichen Leistungen im Gegenzug zu politischer Loyalität zu einer politischen Gruppierung. Ist ein herrschender Block nicht hegemoniefähig, so kann er sich darauf verlegen, Zustimmung durch klientelistische Praktiken zu erkaufen. Gerade in (semi-)peripheren Ländern ist dies keine ungewöhnlich Form der Akzeptanzgewinnung (vgl. z.B. Chabal/Daloz 1999: 26ff; Gombár 2004: 242f; Svampa/Pereyra 2003: 220f). Diese Unterschei-

dung deutete auch schon Gramsci an: „Zwischen Konsens und Zwang steht Korruption-Betrug“ (1991: 120). Hierbei hebt er allerdings primär auf den „Kauf“ gegnerischer Führer ab, während Klientelismus stärker in die Massen hinwirkt. Qualitativ unterscheiden sich klientelistische Praktiken von hegemonialen unter anderem dadurch, dass materielle Besserstellungen (Zuweisung einer Arbeitsstelle, einer Wohnung etc.) eine im Abtausch für Loyalität gewährte individuelle Gunst, aber kein verbrieftes Recht und keine systematische Konzessionen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Kräften darstellen.

Bestenfalls begrenzte Hegemoniefähigkeit der dominanten Kräfte (O'Donnell 1996: 35) und relativ schwache Ausprägungen der Zivilgesellschaft scheinen charakteristisch für (semi-)periphere Staatlichkeit zu sein. Insofern scheint auf Nord und Süd das Diktum übertragbar, das Gramsci bezogen auf Osten (Russland) und Westen formulierte: „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallerthaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft“ (1992: 874). Ökonomisch ist die Situation der dominanten Kräfte in der (Semi-)Peripherie labiler als im Zentrum, bis auf sehr wenige Ausnahmen – primär ölproduzierende Kleinstaaten – ist ihr materieller Spielraum für Konzessionen an andere gesellschaftliche Kräfte geringer. Damit sind die Möglichkeiten einer Konsensbildung eingeschränkter. Daraus kann folgen, dass hier bestenfalls Projekte einer „begrenztere[n] Hegemonie“ verfolgt werden, die darauf zielen, „die Unterstützung strategisch wichtiger Sektoren zu gewinnen und die Kosten des Projekts auf andere Sektoren abzuwälzen“ (Jessop 1990: 211). Meines Erachtens wären auch die „Entwicklungsstaaten“ Ostasiens zumindest über lange Zeit als Projekte bestenfalls begrenzter Hegemonie zu kennzeichnen. Sie stellten zwar auf Konsensbildung über Wachstum ab, die Kosten wurden jedoch auf die subalternen Klassen, v.a. die ArbeiterInnenschaft, abgewälzt und die ArbeiterInnenbewegung war im Rahmen einer autoritären Staatlichkeit einer besonders harten Unterdrückung ausgesetzt (vgl. z.B. Chang 2005: 253; Chang 2006: 98). Offener Zwang stand in verschiedensten Regionen der Peripherie sowohl in Phasen stärker etatistisch geprägter Industrialisierung als auch in Phasen neoliberaler Politik mit der Akzentuierung von Finanzinteressen und Preisstabilisierung immer wieder im Vordergrund.

Auch offen autoritäre Regime brauchen zur Herrschaftsstabilisierung wenigstens Elemente des Konsenses seitens strategisch wichtiger Gruppen, doch stehen in ihrem Fall Zwang und Gewalt gegenüber großen gesellschaftlichen Sektoren – oftmals der ArbeiterInnenschaft – stark im Vordergrund. Ein (Pseudo-)Konsens, der durch gewaltsame Unterdrückung des Dissens erreicht wird, ist meines Erachtens nicht sinnvoll unter den Hegemoniebegriff zu fassen. Gramsci selbst hat zwischen Gewalt/Zwang und Hegemonie unterschieden (z.B. Gramsci 1993: 991).

Projekte begrenzter Hegemonie scheinen mit den materiellen Möglichkeiten und der sozio-ökonomischen Heterogenität eher in Einklang gebracht werden zu können als umfassende Hegemonieprojekte. Allerdings stellt sich die Frage, wieweit der Hegemoniebegriff unter solchen Bedingungen überhaupt noch trägt. Der bekannte brasilianische Soziologe Francisco de Oliveira weist darauf hin, dass die Gesellschaftsspaltung derart tief sein kann, dass „Herrschende und Beherrschte nicht mehr dasselbe Sinngebungsfeld [espaço de significativos], dasselbe semantische Feld teilen“ (1998: 203, Übers. J.B.) Damit ist fraglich, ob das Konzept der Hegemonie hier überhaupt noch anwendbar ist. Insofern ist auch infrage zu stellen, ob das neoliberale Projekt, wie beispielsweise Heigl (2007) annimmt, trotz auf Konsens angelegter Elemente – vor allem das Konsumversprechen (Moulian 2002) – in Lateinamerika wirklich hegemonial ist bzw. war. Zumindest wäre aber der Hegemoniebegriff im Hinblick auf seine Reichweite zu qualifizieren.

Zu Recht weist Heigl (2007: 129) allerdings darauf hin, dass die lateinamerikanische Diskussion auf die Wichtigkeit der Staatsapparate und ihre Transformation abstellt. Ein potenziell wichtiger Zugang zu den staatlichen Entscheidungszentren läuft über Parteien. Diese unterscheiden sich je nach sozio-ökonomischem Kontext, sozialer Basis und innerer Struktur sowie dem Parteiensystem. Gibt es eine ausdifferenzierte Klassenstruktur, ist es wahrscheinlicher, dass sich die sozialen Grundlagen von Parteien anhand sozio-ökonomischer Kriterien ausrichten, als beim Vorherrschen kleinbäuerlicher Verhältnisse und einer ausgedehnten städtischen Marginalbevölkerung. Im letzteren Fall konkurrieren AspirantInnen auf eine kapitalistische Stellung oft auf regionaler, religiöser oder ethnischer Grundlage um den Zugriff auf die höchsten Staatsämter, deren Kontrolle ihnen Akkumulation ermöglichen würde. Private Akkumulation ist hier vielfach von

guten Verbindungen in und Protektion durch den Staatsapparat vermittelt. Ökonomische Konkurrenz ist zu einem beträchtlichen Grad unmittelbar politisch vermittelt (Hauck 2001: 268ff, 286). Die Verbindung zu sozialen Bewegungen und Organisationen ist wie auch die Verbindung von Parteiführung und Basis oft schwach ausgeprägt (von Freyhold 1992: 43). Da es bei Wahlen um sehr viel – nämlich auch die Möglichkeit der staatlich geschützten Akkumulation – geht, können Wahlkampf und -prozess in heftige Konflikte nicht allein friedlicher Konkurrenz ausarten.

Bei stärker klassenmäßig ausgerichteten Parteien sind sehr unterschiedliche innere Strukturen von primär auf Wahlen ausgerichteten Gruppierungen der dominanten Gruppen, über Multiklassenparteien mit ausgedehnten klientelistischen Netzen bis hin zu AktivistInnenparteien vor allem der politischen Linken festzustellen. So arbeitet Roma (2006) beim Vergleich von der *Partido dos Trabalhadores* (PT) und der *Partido da Social-Democracia Brasileira* (PSDB) grundlegende Unterschiede in der Entstehung, sozialen Grundlage, inneren Struktur und politischen Programmatik der beiden Parteien heraus. Die PT entstand aus den sozialen Bewegungen heraus, repräsentiert(e) ein Bündnis von Mittelschichten und ArbeiterInnenschaft, stützt sich auf eine aktive Mitgliedschaft, die in verschiedenen Strömungen organisiert ist, und orientiert sich auf mehr oder weniger weitgehende sozio-ökonomische Veränderungen. Die PSDB entstand als liberaler Präsidentenwahlverein aus dem Parlament heraus und weist eine auf Wahlen ausgerichtete Organisationsstruktur mit hoher regionaler Autonomie auf. Das Ausmaß innerer Partizipation unterscheidet sich gravierend, entsprechend der unterschiedlichen sozialen Grundlage auch die Vorstellung von staatlicher Institutionalität. Hier zeigt sich die PT als Regierungspartei ungleich stärker auf einschließende Interessenkonzertierung, gerade auch von Organisationen der subalternen Klassen, orientiert (vgl. Schmalz 2007: 107ff). Aber selbst innerhalb Lateinamerikas variieren die Rolle und die Ausprägungen von Parteien im Rahmen linker Projekte stark. Während in Brasilien die PT im Zentrum des linken Staatsprojektes steht, sind die Linksparteien in Venezuela schwach und zeichnen sich vielfach durch das Fehlen innerer Debatten aus. Die Regierungsspitze ist in Venezuela mit schwach institutionalisierten Verbindungen zu den sozialen und politischen Kräften das Entscheidungszentrum (Wilpert 2007: 66f, 215f). In Bolivien wiederum

ist die Regierungspartei aus den sozialen Bewegungen hervorgegangen und steht stark unter deren Druck (Domosławski 2008: 33).

Parteien kann es aber auch außerhalb von Parteienkonkurrenz und Mehrparteien geben – als eine Einheitspartei. Vielfach handelt es sich dann bei der Partei um eine faktische Verdoppelung des Staates in Form der Staatspartei. Zentrale Entscheidungszentren liegen dann möglicherweise eher innerhalb der Partei als in der Regierung. Damit stellt sich die Frage, inwieweit demokratische Verhältnisse wenigstens innerhalb der Partei gelten und wie sozial ein- oder ausschließend sie ist.

Aber Parteien können auch völlig von der politischen Bühne ferngehalten oder ausgeschlossen werden. Abgesehen von engen dynastischen Regimen wie vor allem der auf der arabischen Halbinsel ist dies primär bei Militärregimen der Fall. Bei Militärregimen zeigt sich der Mangel an Hegemonie- und Konsensfähigkeit der herrschenden Gruppen besonders krass, betritt das repressive Corps des Staatsapparates die zentrale politische Bühne. An afrikanischen Beispielen identifizierte Ruth First (1972: 411ff) vier Militärcoups begünstigende Faktoren:

- eine kumulative ökonomische Krise;
- eine politische Krise;
- oftmals eine Begünstigung durch externe Kräfte aus den Ländern des Zentrums;
- innermilitärische Faktoren.

Eher marxistische Autoren (z.B. First 1972 oder O'Donnell 1996) stellen stärker auf die ökonomischen und politischen Krisenfaktoren ab, während in der Tradition von Max Weber stehende AutorInnen (z.B. Stepan 1988; Coelho 2000) stärkeren Akzent auf die innermilitärischen Konstellationen setzen (vgl. überblicksmäßig Krämer/Kuhn 2006: 18ff). Nimmt man erstere Sichtweise zum Ausgangspunkt, ist es wichtig, die Verbindungslinien zwischen zivilen Klassenkräften und dem Militär herauszuarbeiten. Hierbei darf das Militär, so wenig wie der Staat, als einheitlicher Akteur verstanden werden. „Ihre Eingliederung in den gesellschaftlichen Körper vertieft sich, wenn sie [die Militärs, J.B] an der Macht sind. Dies heißt nicht, dass sie ein bloßer politischer Reflex der zivilen Kämpfe sind. Sie sind der Spiegel und der Scheideweg des militarisierten Lebens, aber sie unterliegen spezifischen internen Prozessen, die sich aus ihrer besonderen institutionellen Form herleiten“ (Rouquié 1984: 337, Übers. J.B.).

Zwar sind Militärregimes nicht selten auf die Restauration sozio-ökonomischer Verhältnisse gerichtet oder Schiedsrichter bei Verteilungskämpfen zwischen Fraktionen der dominanten Klasse, zuweilen versuchen sie aber auch, relativ progressive soziale Reformen in Gang zu setzen. Dies scheint vor allem dann der Fall zu sein, wenn es ein relatives Patt sozialer Kräfte gibt und aus diesem ein besonders hohes Maß der Verselbständigung staatlicher Akteure folgt. Dies könnte man in Anlehnung an das Marx'sche Konzept des „Bonapartismus“ (Marx 1965) als eine militarisierte Spielart des Bonapartismus bezeichnen. Zu Recht weisen Raimund Krämer und Armin Kuhn (2006: 20) daraufhin, dass auch solche Interventionen eine autoritäre Art der Staatlichkeit etablieren. Auch autoritäre Regime stehen allerdings vor der Herausforderung, sich politisch zu legitimieren. Speziell in ökonomischen Krisen werden sie mit Demokratisierungsforderungen konfrontiert, die nicht nur eine veränderte Wirtschaftspolitik, sondern auch eine Demokratisierung des Staates einfordern.

Aufgrund der begrenzten Hegemoniefähigkeit der dominanten Kräfte in der Peripherie sind offen autoritäre Formen der Staatlichkeit, die im Zentrum vielfach als „Ausnahmезustand“ gelten, keine Ausnahme, sondern vielfach Praxis. Begrenzte Hegemoniefähigkeit bedeutet auch, dass gesellschaftliche Normen, die staatlicher Politik eine Leitvorstellung geben, nur begrenzt vereinheitlicht werden. Damit wird uneinheitliche oder gar widersprüchliche Politik verschiedener Staatsapparate wahrscheinlicher, die Tendenzen ökonomischer Instabilität noch verstärkt. Auf die gesellschaftlich bedingten Spaltungen des Staates hat schon Poulantzas (2002: 164) hingewiesen. In einer nicht-hegemonialen Konstellation erhält die Gewinnung spezifischer Staatsapparate für die Durchsetzung politischer Projekte seitens gesellschaftlicher Kräfte noch an Gewicht. Die Staatsapparate bilden eine interne Hierarchie, um deren Ordnung gerungen wird. Im Rahmen eines durch Finanzinteressen geprägten Kapitalismus haben beispielsweise Zentralbanken und Finanzministerien besonderes Gewicht. Das Industrie- oder Landwirtschaftsministerium ist dem eher untergeordnet. Eine solche Konstellation erschwert in ihrer spezifischen strategischen Selektivität beispielsweise die Durchsetzung einer aktiven Industriepolitik, wie Oliver Schwank (in diesem Band) am Beispiel Südafrikas herausarbeitet.

Speziell in Krisensituationen drehen sich die Konflikte nicht allein um eine veränderte sozio-ökonomische Politik, sondern auch um eine Verän-

derung der staatlichen Institutionen, die einen solchen Politikschwenk ermöglicht. Unter Bedingungen von Hegemonieschwäche der dominanten Kräfte und vielfach nicht besonders stark ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Strukturen ist die oftmalige Konzentration linker Kräfte auf Eroberung der Kommandohöhen des Staates verständlich. Hierbei ist allerdings die Notwendigkeit zu einer Veränderung des Staates in der Vergangenheit zum Teil unterschätzt worden. Im Konflikt mit dem dominanten Block sind sie oftmals durch autoritäre Staatlichkeit zu zeitweiliger Untergrundarbeit oder sogar zu militärischen Aktionen gezwungen worden. In Extremfällen hat dies zu einer völligen Militarisierung der politischen Strategie und des Denkens geführt – zum Beispiel bei den lateinamerikanischen Guerilla-Bewegungen der 1960er Jahre, die über Schaffung eines militärischen Fokus einen revolutionären Prozess in Gang setzen wollten (vgl. Huberman/Sweezy 1970). Untergrundarbeit oder militärische Strukturen lassen wenig Raum für innere Demokratie. Oppositionelle Bewegungen streifen derartige durch die autoritäre Staatlichkeit erlittene Prägungen nur mit Mühe ab (vgl. Melber 2003: XVI f). Unter Bedingungen parlamentarischer Demokratie können linke Parteien und Bewegungen eher Formen innerer Demokratie entwickeln und offenen Dissens organisieren und artikulieren, sie sind dann allerdings oft auch mit solideren konsensschaffenden zivilgesellschaftlichen Institutionen des bisherigen sozialen Blocks konfrontiert.

Im Fall einer Regierungsübernahme stehen linke Kräfte vor der Aufgabe, die staatlichen Institutionen in ihrer strategischen Selektivität zu verändern. Dies ist eine oft unterschätzte Aufgabe, da der Staat vielfach in technokratischer Sicht verkürzt als politisches Instrument (und eben nicht ausreichend als Konfliktterrain) gesehen wurde und wird. Inwieweit die Transformation des Staates offensiv angegangen werden kann, hängt von verschiedenen Faktoren, wie dem Grad der Delegitimierung des bisherigen Regimes oder der Stärke der sozialen Bewegungen, ab. Im Fall einer sehr starken Delegitimierung der bisherigen politischen Ordnung sind zuletzt die Veränderung der staatlichen Institutionen und die sie verfassungsrechtlich leitenden Prinzipien in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten nach venezolanischem Vorbild (vgl. Maringoni 2004: 47 ff) offensiv angegangen worden. Nicht immer lassen die Kräfteverhältnisse solch radikale Veränderungen zu. Gleichzeitig machen die jüngsten lateinamerikanischen Erfahrungen allerdings auch deutlich, dass formelle Änderungen nur ein Teil des Verände-

rungsprozesses sind. So wirken beispielsweise in Venezuela klientelistische und korrupte Staatspraktiken trotz des Umbaus der Staatsorganisation fort. Auch die starke Fixierung auf eine Führungspersönlichkeit ist geblieben (Wilpert 2007: 196ff). In derartigen tief verwurzelten Denk- und Handlungsdispositionen liegen schwer zu überwindende Grenzen für emanzipatorische Politik. Für die Erweiterung staatlicher Handlungsspielräume zu Gunsten progressiver Politik ist außerdem eine Veränderung der Art der Einbindung der nationalen Ökonomie in die Akkumulationsprozesse erforderlich, was sich vielfach als besonders schwierige Herausforderung erweist, nicht nur wegen politischer Widerstände, sondern auch wegen fehlender Planungs- und Umsetzungskapazität der zuständigen Staatsapparate. Die Überwindung peripherer Positionen ist aus meiner Sicht zwar grundsätzlich (in globalen Umbruchsituationen) möglich, doch hat es hierfür historisch nur sehr wenige Fälle gegeben.

Die jüngsten Erfahrungen in Lateinamerika zeigen bei all ihren Grenzen, dass die Gewinnung von Regierungsgämnern zu einer Veränderung der strategischen Selektivität des Staats beitragen und veränderte Politikmuster erlauben kann. Gleichzeitig rufen diese Verschiebungen auch Gegenreaktionen aus dem bisherigen Machtblock bis hin zu Putschversuchen aus. Der politische Konflikt ist vielfach stark, wenn auch nicht exklusiv auf den Kern des Staates konzentriert.

4. Schlussfolgerungen

Periphere Staaten in der Peripherie weisen Unterschiede zum Zentrum auf. Einerseits hängen diese zentral mit der untergeordneten Einbindung in die internationale Wirtschaft zusammen, andererseits mit der sozialstrukturellen Heterogenität. (Semi-)periphere Ökonomien zeichnen sich durch eine Extraversion aus, die tendenziell durch strukturelle Importabhängigkeiten bei Waren und/oder Kapital gekennzeichnet ist. Devisenmangel ist ein wiederkehrender Engpass für die Akkumulation. Damit ist die Akkumulation stark extern konditioniert. Da die Besteuerung abhängig ist von der Akkumulation, bedeutet dies auch einen strukturellen externen Einfluss auf die Steuerbasis und damit die materielle Basis des Staates. Hinzu treten direkte Einflussnahmen auf die staatliche Politik zu Gunsten des transnationalen Kapitals im Rahmen von Umschuldungsverhandlungen bzw., vor

allem im Subsaharischen Afrika, durch die direkte Staatsfinanzierung im Rahmen der „Entwicklungszusammenarbeit“. Damit ist über den fiskalischen Kanal das strukturelle Übergewicht der Kapitalseite spezifisch zu Gunsten transnationalen Kapitals bzw. stark international verbundener Kapitalgruppen ausgeprägt.

Auch in der Zivilgesellschaft sind äußere Kapitalinteressen vertreten, werden in gewisser Weise politisch „internalisiert“. Ein weiteres Kennzeichen der Sozialstruktur, welche die Zivilgesellschaft prägt, ist ihre strukturelle Heterogenität. Einerseits umfasst sie gesellschaftliche Klassen, die noch vorkapitalistische Prägungen aufweisen, andererseits städtische Marginalbevölkerung, die für die kapitalistische Akkumulation überflüssig ist. Beide Elemente begünstigen nicht die Herausbildung starker zivilgesellschaftlicher Organisationen von unten. Aber diese Heterogenität kann auch ein Hindernis für die Formulierung und Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Hegemonieprojekte darstellen. Vielfach mangelt es den vorherrschenden sozialen Kräften zudem an den materiellen Mitteln, um die untergeordneten Klassen in einem hegemonialen Projekt einzubinden. Daher ist Hegemonie vielfach relativ schwach ausgeprägt und in der Reichweite begrenzt. Stattdessen nehmen offener Zwang und/oder die Bindung über klientelistische Praktiken eine zentrale Stellung in Herrschaftsprojekten und staatlichen Praktiken ein.

Aufgrund der relativen Schwäche der Zivilgesellschaft haben die Zugänge zu Entscheidungszentren der politischen Gesellschaft, dem Staat im engeren Sinne, besondere Bedeutung. Die Ausprägung dieser Zugänge ist politisch umkämpft. Bei der Zuspitzung dieser Konflikte kann es zur Schließung bestimmter Zugänge, beispielsweise der Parteien und der Parlaments im Fall von Militärputschen, kommen. Entsprechend verändert sich die strategische Selektivität des Staates. Werden transformatorische Veränderungen in Richtung einer egalitäreren Gesellschaftsordnung angestrebt, ist kurzfristig eine Veränderung der strategischen Selektivität des Staates und längerfristig eine Veränderung der Einbindung in die internationale Wirtschaft notwendig. Der Notwendigkeit einer Veränderung des staatlichen Institutionengefüges haben progressive Kräfte jüngst in Lateinamerika insofern Rechnung getragen, als sie Verfassungsgebende Versammlungen einberiefen, zu deren zentralen Zielen eine transformierende Reform des Staates gehört(e). Gleichzeitig wird deutlich, dass die Veränderungen der formalen

Regeln nur ein Teil des Veränderungsprozesses sind. Ebenso wichtig, aber ungleich schwieriger, ist die Veränderung der sozialen Normen im Hinblick auf die Staatlichkeit. So wirken die Orientierung auf Führungspersönlichkeiten oder klientelistische Praktiken fort. Die Ausprägungen peripherer Staatlichkeit verändern sich aufgrund sozialer Konflikte, variieren aber auch von Ort zu Ort.

Literatur

- Al-Utaybi, Marzouq (2007): Arabie Saoudite: silence assourdissant d'une société confisquée. In: *Alternatives sud* 14 (4), 149-154.
- Beaud, Michel (1987): *Le système national/mondial hiérarchisé. Une nouvelle lecture du capitalisme mondial*. Paris: La découverte.
- Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg: Metropolis.
- Becker, Joachim (2006): *Metamorphosen der regionalen Integration*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 22 (2), 11-44.
- Becker, Joachim (2007): *El endeudamiento externo de América Latina: un resumen histórico*. In: Becker, Joachim (Hg.): *El golpe de capital. Las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas*. Montevideo: Coscoroba, 9-33.
- Cardoso, Fernando H./Faletto, Enzo (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Carneiro, Emmanuel Moreira (2004): *Especialização Rendeira e Extroversão na África Subsariana. Caracterização e Consequências*. S. João do Estorial/Cascais: Principia.
- Carvalho, Clara (2005): *Poder Local e Autoridade Tradicional: Das Assembleias do Povo ao Estado Democrático*. In: Cruz e Silva, Teresa/Araújo, Manuel G. Mendes de/Cardoso, Carlos (Hg.): „Lusofonia“ em África. *História, Democracia e Integração Africana*. Dakar: Codesria, 157-173.
- Chabal, Patrick/Daloz, Jean-Pascal (1999): *Africa Works. Disorder as Political Instrument*. Bloomington: Indiana University Press.
- Chang, Dae-oup (2005): *Neoliberal Restructuring of Capital Relations in East and South East Asia*. In: Saad-Filho, Alfredo/Johnston, Deborah (Hg.): *Neoliberalism. A Critical Reader*. London/Ann Arbor: Pluto, 251-258.
- Chang, Ha-Joon (2006): *The East Asian Development Experience. The Miracle, the Crisis and the Future*. London: Zed/Penang: TWN.
- Cho, Hyekyung (2005): *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Coelho, Edmundo Campos (2000): *Em busca da identidade. O Exército e a sociedade brasileira*. Rio de Janeiro: Record.

- D'Almeida-Topor, Hélène/Lakroum, Monique (1994): L'Europe & l'Afrique. Un siècle d'échanges économiques. Paris: Armand Colin.
- Davis, Mike (2007): Planet der Slums. Berlin: Assoziation A.
- Domosławski, Artur (2008): India ska rewolucja Evo Moralesa. In: Gazeta Wyborcza 1.3.2008, 32-33, <http://wyborcza.pl/1,76842,4978449.html?as=4&ias=4&starts=z=x>, 1.3.2008.
- Ercan, Fuat (2006): Türkiye'de kapitalizmin süreklilik içinde de i imi (1980–2004). In: Yılmaz, Demet et al. (Hg.): Türkiye'de kapitalizmin geli imi. Ankara: dipnot, 375-411.
- Evers, Tilman (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen. Köln/Frankfurt a.M.: EVA.
- First, Ruth (1972): The Barrell of a Gun. Political Power in Africa and the Coup d'État. Harmondsworth: Penguin.
- First, Ruth (1979): Black Gold: The Mozambican Miner, Proletarian and Peasant. Brighton/New York: Whitseaf.
- Frank, André Gunder (²1979): Lumpenburguesía: lumpendesarrollo. Dependencia, clase y política en Latinoamérica. Barcelona: Laia.
- García Linera, Alvaro (2007): Estado plurinacional. Una propuesta democrática y pluralista para la extinción de la exclusión de las naciones indígenas. In: García Linera, Alvaro/Tapía Maella, Luis/Prada Alcoreza, Raúl: La transformación pluralista del Estado. La Paz: Muela del Diablo, 23-88.
- Gombár, Eduard (2004): Kmeny a klany v arabské politice. Prag: Karolinum.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Bd. 1. Hamburg/Berlin: Argument.
- Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte. Bd. 4. Hamburg/Berlin: Argument.
- Gramsci, Antonio (1993): Gefängnishefte. Bd. 5. Hamburg/Berlin: Argument.
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte. Bd. 7. Hamburg/Berlin: Argument.
- Halliday, Fred (2005): The Middle East in International Relations. Power, Politics and Ideology. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hauck, Gerhard (2001): Gesellschaft und Staat in Afrika. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel.
- Heigl, Miriam (2007): Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projektes in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik 23 (1), 125-146.
- Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg: VSA.
- Huberman, Leo/Sweezy, Paul M. (1970): Debray: Stärke und Schwäche. In: Huberman, Leo et al.: Focus und Freiraum: Debray, Brasilien, Linke in den Metropolen. Berlin: Wagenbach, 9-17.
- Hugon, Philippe (²1999): L'Économie de l'Afrique. Paris: La découverte.
- Jessop, Bob (1990): State Theory: Putting the State in its Place. University Park: Pennsylvania State University Press.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State. Cambridge: Polity.

- Krämer, Raimund/Kuhn, Armin (2006): *Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika. Herausforderungen für demokratische Politik.* Berlin: Karl Dietz.
- Maddison, Angus (1991): *Dynamic Forces in Capitalist Development. A Long-Run Comparative Perspective.* Oxford/New York: OUP.
- Maringoni, Gilberto (2004): *A Venezuela que se inventa. Poder, petróleo e intriga nos tempos de Chávez.* São Paulo: Fundação Perseu Abramo.
- Marx, Karl (1965): *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte.* Frankfurt a. M.: Insel.
- Melber, Henning (2003): Introduction. In: Melber, Henning (Hg.): *Limit to Liberation in Southern Africa. The unfinished business of democratic consolidation.* Kapstadt: HSRC Press, xiii-xxiii.
- Moulian, Tomás (2002): *Chile actual. Anatomía de un mito.* Santiago de Chile: Lom.
- Novy, Andreas (2001): *Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes.* Wien: Promedia.
- O'Donnell, Guillermo (1996): *El estado burocrático autoritario. Triunfos, derrotas y crisis.* Buenos Aires: Editorial de Belgrano.
- Oliveira, Francisco de (1998): *Os direitos do antivalor. A economia política da hegemonia imperfeita.* Petrópolis: Vozes.
- Ominami, Carlos (1986): *Le tiers monde dans la crise.* Paris: La découverte.
- Owen, Roger/Pamuk, evket (1999): *A History of Middle East Economies in the Twentieth Century.* Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Polet, François (2007): *Mouvements sociaux du Sud: diversité et tendances de fond.* In: *Alternatives sud* 14 (4), 7-23.
- Poulantzas, Nicos (2001): *Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat.* In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: *Die Zukunft des Staates.* Hamburg: VSA, 19-69.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus.* Hamburg: VSA.
- Poupeau, Franck/do Alto, Hervé (2008): *„Révolution hors la révolution“ en Bolivie.* In: *Le Monde diplomatique* 55 (647), 18-19.
- Quijano, Aníbal (1977): *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft.* In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 298-341.
- Roma, Celso (2006): *Organizaciones de partido en Brasil: el PT y el PSDB bajo perspectiva comparada.* In: *América Latina Hoy* 44, 153-184.
- Rouquié, Alain (1984): *El Estado militar en América Latina.* Buenos Aires: Emecé.
- Santos, Maciel (2005): *A Historicidade das Sociedades Rendeiras: Contributo Para a Crítica da „Rentier Theory“.* In: Cruz e Silva, Teresa/Araújo, Manuel G. Mendes de/Cardos, Carlos (Hg.): *„Lusofonia“ em África. História, Democracia e Integração Africana.* Dakar: Codesria, 225-238.
- Schmalz, Stefan (2007): *Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation.* Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Schwenzfeier, Rainer (1993): Traditionelle und neue Autoritäten in Zimbabwe. In: Baiculescu, Michael/Becker, Joachim (Hg.): Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid. Wien: Promedia, 192-201.
- Stepan, Alfred (1988): Repensando a los militares en política. Cono Sur: un análisis comparativo. Buenos Aires: Sudamericana/Planeta.
- Sutcliffe, Bob (1986): Africa in the world economic crisis. In: Lawrence, Peter (Hg.): World Recession and the Food Crisis in Africa. London: James Currey, 18-28.
- Swampa, Maristella/Pereyra, Sebastián (2003): Entre la ruta y el barrio. La experiencia de las organizaciones piqueteras. Buenos Aires: Biblos.
- von Freyhold, Michaela (1992): Demokratisierungsbewegungen in Afrika. Die Suche nach einem neuen Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat. In: Peripherie 45, 32-66.
- Wilpert, Gregory (2007): Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government. London/New York: Verso.

Abstracts

Der Aufsatz stellt Elemente einer kritischen Theorie des peripherkapitalistischen Staates aus Sicht einer polit-ökonomischen Perspektive vor. Er bezieht sich auf frühere dependenztheoretische Debatten sowie im Hinblick auf die Akkumulation auf die Regulationstheorie. Es wird die These vertreten, dass Extraversion der Ökonomie und sozio-strukturelle Heterogenität einen maßgeblichen Einfluss auf die Interessenformierung in der (gramscianisch verstandenen) Zivilgesellschaft und auf die strategische Selektivität des Staates haben. Die Zivilgesellschaft ist im Vergleich zum Zentrum eher schwach, während Zwang und/oder klientelistischen Praktiken eine zentrale Bedeutung in Herrschaftsprojekten und -praktiken zukommen. Wegen der relativen Schwäche der Zivilgesellschaft ist der Zugang zu den staatlichen Entscheidungszentren besonders hart umkämpft.

The article presents elements of a critical theory of the peripheral capitalist state from the perspective of political economy. It draws on earlier dependency debates and on a regulationist approach to accumulation. It argues that extraversion and socio-structural heterogeneity impinge on interest formation in civil society (understood in a Gramscian sense) and the strategic selectivity of the state. In peripheral societies, civil society is rather

weak compared with societies in the centre, whereas coercion and/or clientelist practices have a central place in projects and practices of domination. In view of the weak civil societies, access to the decision-making centres of the states is even more hotly contested.

Joachim Becker
Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung
Wirtschaftsuniversität Wien
Augasse 2-6
A-1020 Wien
joachim.becker@wu-wien.ac.at